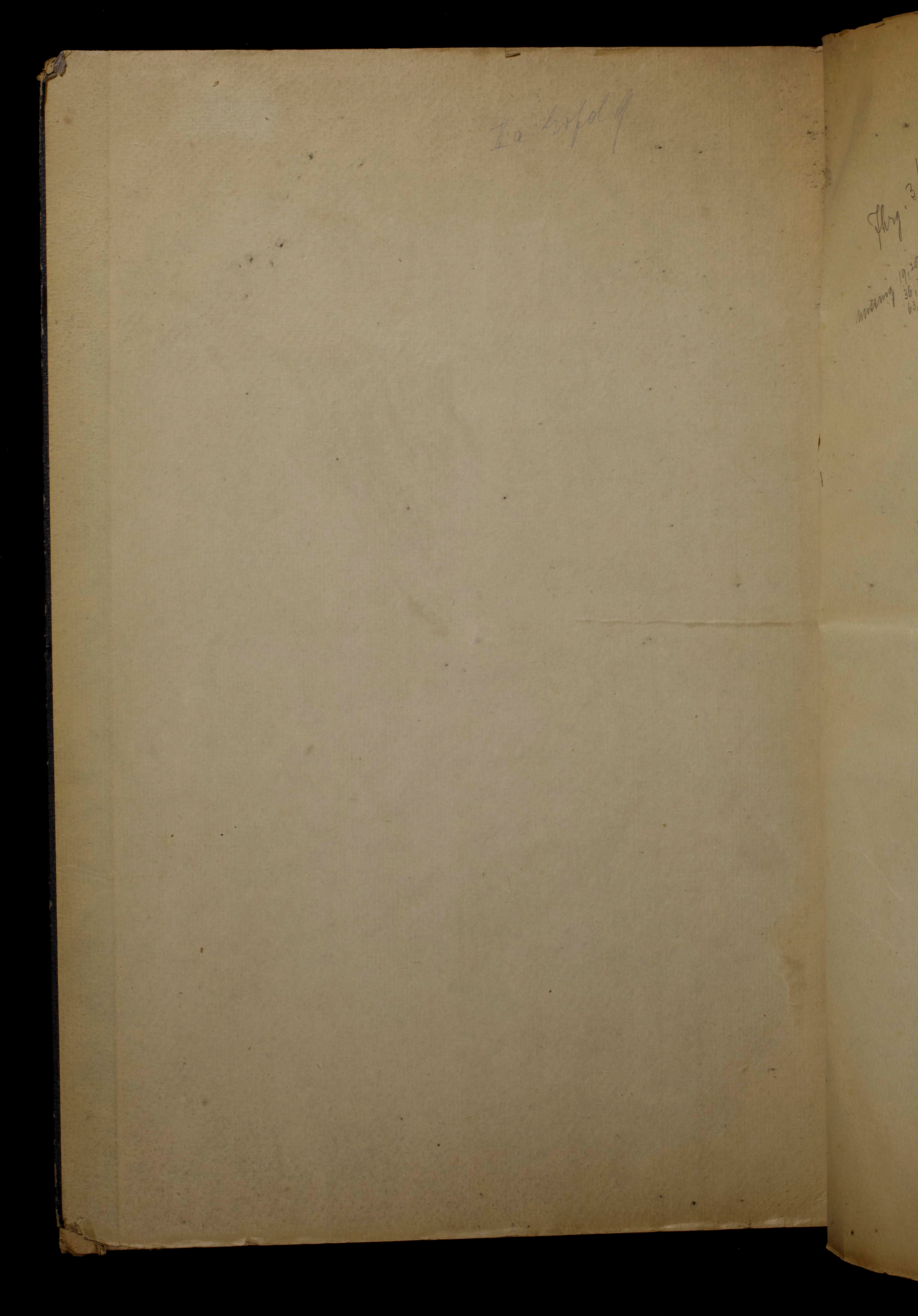
Juedisches Volksblatt



1-69
Jan. 4 - Nov. 25

Jhrg. 3/1921

missing 19, 20, 21, 22, 24,
36, 37, 50, 54, 61,
63, 67, (70 ff. ?)

monatl. K 5.50
¼jährl. K 15.—

sblatt" ist kein
als Versand
en, den natio-
and wirtschaft-
der bewußten
anzen tschecho-
und in Gali-
Inserate kosten
espaltene, Mil-
äge für An-
außer der
größeren An-
Erscheint te-
nd Freitag.

5681.

chlimmern seine
Lage. Das bol-
sozialen Umge-
besonders eifrig
die Katastrophe
ns. Hiefür nur

den Benützung
er Zeit, wo zur
bessere mo-
sind, ist unmit-
an das kapita-
en. (Ueber die
ich mich hier
ndigerweise wird
nschlicher Arbeit
lisierter und ver-
dazu eine Loco-
mativen Produk-
verbesserten, auf
lichen Errungen-
n benützen. Und
Produktion ver-
Vorzüge der ge-
zahlreicher Ar-
fördert. Daher
die Bolschewiken
ng verschiedener

scher kleiner (und
aren zehntausende
als Schneider be-
Dekret nationali-
iesen Produktions-
den russischen
jüdischen Bevöl-
Die jüdischen
wurden auf die
nichtjüdischer Ar-
nahmen ihren

Sowjetregierung
wangsarbeit ein.
lbstverständlich bei
Beschäftigungslosen,
werden, sind nach
Arbeiter zu betrach-
aillone gesteckt und
Arbeiten benützt.
von den zahlreichen
leinhändlern gefüllt,
jüdischer Arbeiter,
ihrer Produktions-
en Positionen ver-
häftigungslos" fest-
dem russischen Ju-
Gesellschaft vor
n „schwarzen" Ar-

der russischen Ge-
hen Positionen ver-
st sich die Sowjet-
n machen, um den
enten den Ueber-
duktiven Arbeit zu
So zum Beispiel
en Dekrete jeder
glichkeit, den nöti-
Gründung kooper-
erhalten. Bei den
aber wiederholt sich
unter der kapitali-
bachtet haben. Die
ung oder Reform
and von negativer
chen Massen beson-
strophal, diese sind
Mittel zu benützen,
aiiven Wirkung be-
angeführten Fälle
die Furcht vor
Abwanderung städti-
ich machen, sondern
ung der Landjuden
der bäuerliche An-
der Antagonismus
nimmt. Von den
genießt die jüdische
nisten (da sie nur
häftigter Arbeiter be-
verften von Seiten
auch wenn sie im
ren als Städter an-
s Uebels betrachtet

konnten selbst auf
nten jüdischen Kom-
selben. So entstand
konzentrierte Massen-
einem der rückstän-
chzuführen. Und vor
egen den Palästina-
die durch sie inse-
ischen Kommunisten
g eine freundlichere
ndliche Haltung ein-

Einzelnummer 70 h.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 24. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischer Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr.

Abonnement monatl. K 5.50 ¼jährl. K 15—

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschechoslowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 20 h für die 8 fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Dienstag, 4. I. 1921.

24. Tebeth 5681.

Warum wir für Palästina sein müssen. Argumente eines Nichtzionisten.

Von Rabbiner Leo Harrison, St. Louis. U. S. A.

Die folgenden Ausführungen des liberalen Rabbiners Leo Harrison sind zuerst im „Jewis Advocate“, Boston, erschienen.

Ich glaube, es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß ich dieses Thema nicht als Zionist diskutiere. Ich bin kein Nationaljude und habe keine besonderen Interessen an den politischen Möglichkeiten der jüdischen Palästinasiedlung. Aber es gibt noch andere Gesichtspunkte dieser Siedlung, die ganz Israel angehen, mögen wir Zionisten sein oder nicht, mag sich der eine dem Judentum als einer Religion zugehörig fühlen, oder der andere dem Judentum als einer Nation. Die beginnende Besiedlung Palästinas ist eine Tatsache, die dem bekannten Schritte der britischen Regierung ihr Dasein verdankt. Sie eröffnet Möglichkeiten und Ausblicke von höchster Bedeutung, und zwar nicht nur den Juden, die dorthin auswandern wollen, sondern allen Juden, denn alle sind tief verknüpft mit der Tragödie von Israels Schicksal in weiten Teilen der Erde. Palästina bedeutet eine neue Hoffnung für ungezählte Tausende unserer jüdischen Brüder. Die korrupte Herrschaft der Türken in Palästina ist zu Ende, und England, politisch der Herr Palästinas, hat einen jüdischen Oberkommissär eingesetzt, hat öffentlich die Anrechte der Juden auf ihr Heimatland anerkannt, hat verheißen, dies Land zu entwickeln, die jüdische Einwanderung zu ermöglichen und den Juden Rechte zu geben entsprechend ihrem Verhältnis zur Einwohnerzahl. Schon gibt es eine Anzahl blühender jüdischer Kolonien in Palästina; neue Siedlungen erwachen. Jüdische Wehr schützt die jüdischen Kolonien. Die jüdische Universität soll eine Quelle jüdischen Geistes werden, und das reine Hebräisch der Bibel ist die Sprache der Kinder in den Straßen Jerusalems und die Sprache der Schulen.

Da taucht die schwere Frage auf: Welche Vorbereitungen sind getroffen, um die neuen Einwanderer zu empfangen? Welche Industrien hat man errichtet, um sie zu beschäftigen, welche Vorbereitungen hat man in der Landwirtschaft getroffen, und welche im Bewässerungswesen, welche im Wege-, im Eisenbahn- und im Hafenbau? Es müssen die Grundlagen zum modernen Ackerbau und zum modernen Geschäftswesen getroffen werden. Ungeheure Summen sind nötig, viele Millionen, um Palästina vorzubereiten für die jüdische Siedlung. Nur um den ersten Schritt zu tun, wird man wenigstens 100 Millionen Dollars nötig haben. Soll man die Schultern zucken bei der Erwähnung dieser enormen Summe? Gewiß sind 100 Millionen eine enorme Summe, aber die 30 oder 40 Millionen, die die amerikanischen Juden für das Kriegshilfswerk gegeben haben, waren auch keine Kleinigkeit. Und diese 100 Millionen sollen nicht für eine einmalige Unterstützung gegeben werden, sondern als Grundlage für eine dauernde Lösung des Problems des jüdischen Elends. Der größte Teil der Juden Mittel- und Osteuropas befindet sich in einem Elend, das aller Worte spottet. Muß ich auf die schrecklichen Verfolgungen in Polen und Rußland hinweisn? Tausende und Abertausende unglücklicher Flüchtlinge sind zusammengetrieben in den Lagern bei Danzig und anderen Plätzen und warten auf die Möglichkeit einer Zuflucht. Wo sollen sie hin? Einst war England das Land, wo das Vorurteil der Rassen und Religionen nicht bestand. Und jetzt sehen wir im freiheitsliebenden England den Beginn einer heftigen antisemitischen Kampagne, der sich große Preßorgane zur Verfügung stellen. Und täuschen wir uns nur nicht darüber, daß auch Amerika nicht immun ist. Schon hat das Echo der neuen Beschuldigungen unsere Küsten erreicht, schon wird auch hier der Versuch einer organisierten Judenhetze gemacht. Und doch müssen wir unseren unglückseligen Brüdern in ihrem Elend helfen, und ich glaube, daß wir ihnen am besten helfen können, wenn wir die gesunden Grundlagen einer jüdischen Palästinasiedlung errichten. Und welches ist der Grund, daß unter den Juden so große Neigung gerade zur Ansiedlung in Palästina ist? Es ist die Macht des Gefühls, und dieses tiefe Gefühl beseelt nicht einmal nur die Zionisten, es ist ein tiefes religiöses Gefühl, ganz besonders herrschend unter unseren orthodoxen Brüdern. Denn immer noch klingt in den Herzen von Millionen Juden, im Glück wie im Unglück, jenes Wort: „Wenn ich Dein vergesse, o Jerusalem!“ Die Macht des religiösen Gefühls wird ungezählte Juden nach Palästina führen. Aber es war im Grunde das nämliche Gefühl, das in Jacob Schiff, diesem Fürsten in Israel, den Wunsch erweckte, Palästina zu einem Zentrum des jüdischen Geistes auszugestalten. Und es wird bei allen Juden die ungeheuerste Begeisterung erwecken, wenn einst die große jüdische Universität sich auf den Hügeln von Jerusalem erheben wird, und wenn wieder von dort aus „ausgehen wird die Lehre und das Wort des Herrn von Jerusalem.“ Dort kann der einzigartige Intellekt und der Genius unseres Volkes sich frei erheben, dort werden unsere Philosophen, die Spinoza und Bergson, Gottes Gedanken noch einmal nachdenken, und gewaltige jüdische Gelehrte werden dort erstehen, epochemachende Denker und Politiker. Und dort kann auch die jüdische Religion neue Blüten treiben, dort, wo der Sabbath nicht im Widerspruch steht zu den Bedingungen des ökonomischen Lebens, und wo die Religion die prophetischen Ideale von Recht und Gerechtigkeit im sozialen Leben zur Verwirklichung führen kann. Es kann keinen Juden geben, der sich nicht an dem Gedanken freut, in Palästina die höchsten Möglichkeiten unserer Rasse zu verwirklichen. Das ist kein jüdischer Nationalismus. Wir müssen das Leben unserer Brüder retten und, wie es stets die größten Führer Israels wollten, unserem zerstreuten, verfolgten Volke eine heimatliche Zufluchtsstätte öffnen. (Z. K.)

[Pro]bleme des jüdischen Sozialismus.

Von Jechiel Halpern, Wien.

Im letzten Aufsatz haben wir versucht, die Wirkungen des kapitalistischen Wirtschaftssystems auf den jüdischen ökonomischen Organismus darzulegen, um so herauszufinden, welche Faktoren den Palästinismus aus einer religiös-romantischen [zu ei]ner sozialen Bewegung gemacht haben. Wir wollten dartun, daß der Palästinismus zu einer historischen sozialen Notwendigkeit geworden ist. Diesen aus der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sich ergebenden historischen Charakter des Palästinismus will man bestreiten, indem man den sehr nahe bevorstehenden Untergang des kapitalistischen Wirtschaftssystems überhaupt und damit auch den Wegfall seiner zerstörenden Wirkung auf den jüdischen sozialen Organismus, ja selbst die Auflösung als einer spezifischen wirtschaftlichen Einheit prophezeit. Viele, die Naiveren, finden es angemessen, diesen Gedanken ganz kurz zu fassen, indem sie sagen: Kommt das Proletariat zur Herrschaft, dann gibt es für jeden Arbeitswilligen Arbeit und Arbeitsmöglichkeit. Das sogenannte jüdische Problem ist damit glatt beseitigt und gelöst.

Wir wollen hier nicht müßige Betrachtungen darüber anstellen, ob der Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wirklich so nahe bevorsteht, wie die erwähnten Gegner des Palästinismus meinen. Wir wollen nur trachten, die Wirkungen zu erforschen, die der Untergang der kapitalistischen Ordnung und die ihm folgenden Erscheinungen auf den jüdischen wirtschaftlichen Gesamt-Organismus und seine einzelnen Teile notwendigerweise haben müssen. Nur naive Leute, um keinen kräftigeren Ausdruck zu gebrauchen, glauben noch daran, daß der Uebergang von der kapitalistischen zur sozialen Wirtschaftsordnung mit der Uebernahme der politischen Macht durch das Proletariat vollendet ist. Immer betonen die sozialistischen Theoretiker, daß dieser Uebergang — die schlechthin sogenannte „soziale Revolution“ — ein sehr langwieriger Prozeß sein wird, daß also auf die kapitalistische Epoche nicht unmittelbar die sozialistische, sondern eine langandauernde für alle Schichten des Volkes qualvolle Uebergangszeit kommen werde. Unsere Aufgabe ist also nicht, nicht darüber nachzudenken, welche Gestalt die jüdische Frage annehmen wird, wenn der sozialistische Staat konstituiert ist, sondern wie die großen Umwälzungen, die mit der Vernichtung der bestehenden und mit dem Aufbau der Neuordnung verbunden sind, während der Uebergangszeit auf die jüdische Wirklichkeit rückwirken müssen.

Um aber keine eitlen Prophezeiungen anzustellen, werden wir versuchen, an einigen Beispielen die Wirkung darzustellen, die die soziale Revolution in Rußland, wo sie am meisten fortgeschritten ist, auf die dortige jüdische Wirklichkeit schon geübt hat.

Daß die jüdische Frage in Rußland trotz der Herrschaft des Proletariats keineswegs gelöst ist, ja noch sehr weit davon entfernt ist, beweist schon folgende Tatsache:

Die rußländische kommunistische Partei leugnet zur Gänze das Vorhandensein einer spezifisch jüdischen Frage, nicht nur in wirtschaftlichem, sondern auch in kulturellem Sinne. Die in ihrem Rahmen bestehenden jüdischen Sektionen haben lediglich einen sprach-propagandistischen Charakter. Und doch muß dieselbe Sektion, da sie der jüdischen Wirklichkeit doch etwas näher steht trotz ihres radikal assimilatorischen Charakters die rußländische kommunistische Partei auf eine Reihe spezifisch jüdischer Probleme aufmerksam machen. So lesen wir, um nur eines von vielen Beispielen zu zitieren, im offiziellen Organ „Parteinachrichten des Zentralbüros der jüdischen Sektionen der russischen kommunistischen Partei“ Nr. 1, folgendes Memorandum an das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei: Die Katastrophe im ökonomischen Leben der jüdischen Bevölkerung: Der Krieg und die Revolution, die Verschärfung des Bürgerkrieges, die wirtschaftliche Politik der Sowjetmacht und schließlich die alles vernichtende schreckliche Pogromwelle hat die hergebrachte Lebensweise des jüdischen Kleinhändlers und Handwerkers bis auf den Grund zerstört. Die überwiegende Mehrheit derselben ist aus dem wirtschaftlichen Leben verdrängt und hat alle Existenzmittel verloren. Ein kleiner Teil versucht sich durch Spekulation zu retten, zehntausende von Witwen und Waisen müssen durch den Staat versorgt werden, nachdem ihre Männer und Väter durch die Banden in der Ukraine ermordet sind. Die gegenrevolutionäre Pogromwelle hat alle jüdischen Städte und Städtchen vollkommen vernichtet. Diese Pogromwelle, die ein Produkt des Zusammenstoßes zwischen Stadt und Dorf ist, hat die Beziehung zwischen Bauern und Juden gänzlich vergiftet und das ganze gesellschaftliche Leben des Landes mit dem Antisemitismus verseucht..... Die alten kleinen jüdischen Landarbeiterkolonien im Chersoner Gouvernement sind während der Kämpfe mit Grigoriew gänzlich vernichtet worden.

In den Gegenden, wo eine kompakte jüdische Bevölkerung wohnt, müssen bei den lokalen und zentralen Organen der Sowjetmacht in den nationalen Kommissariaten spezielle jüdische Sektionen gebildet werden, um die Bedürfnisse der jüdischen Massen ihrer Eigenart und Lebensform gemäß zu befriedigen. So weit die jüdischen Sektionen der russischen kommunistischen Partei, die die Existenzberechtigung irgend einer speziellen jüdischen sozialistischen Partei leugnen und ihre eigene Existenz nur auf sprachliche, ihrer Meinung nach vorübergehende Gründe zurückführen.

Der Referent über die ökonomische Lage der jüdischen Massen auf der allgemeinen jüdischen Arbeiterkonferenz in Witebsk, die auch von den Kommunisten beschickt war, bemerkt, daß, während im ganzen Lande eine Emigration von der Stadt nach dem Dorfe andauert, bei den Juden die Wanderung in umgekehrter Richtung vor sich geht. Den jüdischen Massen, die aus Kleinhändlern, Handwerkern und zum Teil auch aus Arbeitern bestehen, drohe die Gefahr, insgesamt in „schwarze“ Arbeiter, die nur die widrigsten Arbeiten ausführen, verwandelt zu werden.

Es gäbe noch viele Beweise dafür, daß die jüdische Frage auch in Sowjet-Rußland absolut nicht gemildert, geschweige denn gelöst ist, ja weit schärfer und schmerzlicher als sonstwo zutage tritt.

Welches sind die Tendenzen, die zu dieser Verschärfung der Anormalität nach dem Untergange der kapitalistischen Wirtschaftsordnung führen?

Wie jede Wirtschaftsordnung, so ist auch das System des Ueberganges von der kapitalistischen zur sozialistischen Ordnung in jedem Lande im großen und ganzen der dort bestehenden Klassendifferenzierung und wirtschaftlichen Struktur angepaßt. Sogar die diktatorischen Maßnahmen müssen der vorhandenen Klassenteilung und ihrer Stärke Rechnung tragen.

Der jüdische wirtschaftliche Gesamtorganismus leidet also unter der proletarischen Gefahr aus denselben Gründen, die die Mehrheit seiner Mitglieder unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem aus ihren ökonomischen Positionen drängen. Die jüdischen Massen sind nämlich gezwungen, sich Normen zu fügen, die eigentlich einer sozialen Einheit von ganz anderer ökonomischer Struktur entsprechen. Genau wie im kapitalistischen Wirtschaftssystem wird auch in diesem Falle jeder soziale Fortschritt für den jüdischen Volksorganismus zur Katastrophe und zur Ursache erbarmungsloser Zerstörung. Was für alle Bewohner eines Zimmers Luftwechsel und Erfrischung bedeutet, wird für den im selben Zimmer liegenden Lungenkranken zur Ursache schwerer Erkrankung. Unser sozialer Oganismus ist ein kranker Organismus. Soziale Reformen, die für die gesamte Bevölkerung ein Segen sind, geschweige denn soziale Revolutionen verschlimmern seine ohnedies schwierige und unsichere Lage. Das bolschewistische Regime, das an der sozialen Umgestaltung der russischen Gesellschaft besonders eifrig arbeitet, beschleunigt und verstärkt die Katastrophe innerhalb des russischen Judentums. Hiefür nur wenige Beispiele.

Die Möglichkeit der dauernden Benützung der alten Produktionsmittel in einer Zeit, wo zur Herstellung derselben Produkte weit bessere moderne Produktionsmittel vorhanden sind, ist unmittelbar, wenn auch vorübergehend, an das kapitalistische Produktionssystem gebunden. (Ueber die Ursachen dieser Erscheinung kann ich mich hier nicht weiter verbreiten.) Notwendigerweise wird dabei eine ungeheure Menge menschlicher Arbeit verschwendet. Bei staatlich organisierter und verwalteter Produktion wäre es geradezu eine Torheit, nicht an Stelle dieser primitiven Produktionsmittel nach Möglichkeit die verbesserten, auf den letzten technischen wissenschaftlichen Errungenschaften beruhenden Maschinen zu benützen. Und damit ist die Zentralisierung der Produktion verknüpft, die auch durch die vielen Vorzüge der gemeinsamen (kooperativen) Arbeit zahlreicher Arbeiter die Produktion besonders fördert. Daher ist es klar und verständlich, daß die Bolschewiken die weitestgehende Zentralisierung verschiedener Produktionszweige durchführen.

In einer ganzen Reihe russischer kleiner (und auch einiger größerer Städte) waren zehntausende russischer Arbeiter und Meister als Schneider beschäftigt. Ein bolschewistisches Dekret nationalisierte mit einem Federstrich diesen Produktionszweig und zentralisierte ihn in den russischen Hauptstädten, wo die Zahl der jüdischen Bevölkerung verschwindend klein ist. Die jüdischen Schneider in den Provinzstädten wurden auf die Straße geworfen und tausende nichtjüdischer Arbeiter in den Hauptstädten nahmen ihren Platz ein.

Ein zweites Beispiel: Die Sowjetregierung führte für alle Bürger die Zwangsarbeit ein. Qualifizierte Arbeiter blieben selbstverständlich bei ihren Beschäftigungen. Alle Beschäftigungslosen, die bei Streifungen betreten werden, sind nach dem Gesetze als unqualifizierte Arbeiter zu betrachten, sie werden in Arbeiterbataillone gesteckt und zu den niedrigsten „schwarzen“ Arbeiten benützt. Diese Bataillone sind nicht nur von den zahlreichen jüdischen Luftmenschen und Kleinhändlern gefüllt, sondern auch von Tausenden jüdischer Arbeiter, die dank der Zentralisierung ihrer Produktionszweige aus ihren wirtschaftlichen Positionen verdrängt sind und nun als „beschäftigungslos“ festgenommen werden. So droht dem russischen Judentum die Gefahr, aus einer Gesellschaft von Luftmenschen in eine solche von „schwarzen“ Arbeitern verwandelt zu werden.

Natürlich sind auch Teile der russischen Gesellschaft aus ihren wirtschaftlichen Positionen verdrängt worden. Darum bemühte sich die Sowjetregierung, Mittel ausfindig zu machen, um den verschiedenen deklassierten Elementen den Uebergang oder die Rückkehr zur produktiven Arbeit zu ermöglichen und zu erleichtern. So zum Beispiel gibt eines der bolschewistischen Dekrete jeder Gruppe von Arbeitern die Möglichkeit, den nötigen Boden samt Inventar zur Gründung kooperativer Landarbeitersiedlungen zu erhalten. Bei den jüdischen deklassierten Massen aber wiederholt sich dieselbe Erscheinung, die wir unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beobachtet haben. Die negative Seite jeder Erscheinung oder Reform (auch wenn sie sonst für niemand von negativer Wirkung ist) ist für die jüdischen Massen besonders empfindlich und oft katastrophal, diese sind aber fast nie in der Lage, die Mittel zu benützen, die zur Linderung dieser negativen Wirkung bereitet werden. In dem eben angeführten Falle ist es der Antisemitismus und die Furcht vor Pogromen, die nicht nur die Abwanderung städtischer Juden ins Dorf unmöglich machen, sondern sogar eine umgekehrte Wanderung der Landjuden in die Stadt verursachen. Und der bäuerliche Antisemitismus wächst, je mehr der Antagonismus zwischen Dorf und Stadt zunimmt. Von den Maßnahmen gegen die Bauern genießt die jüdische städtische Bevölkerung am wenigsten (da sie nur einen kleinen Prozentsatz beschäftigter Arbeiter besitzt) dagegen leidet sie am schwersten von Seiten der Bauern, da die Juden, auch wenn sie im Dorfe wohnen, von den Bauern als Städter angesehen und als Ursache alles Uebels betrachtet werden.

Alle diese Erscheinungen konnten selbst auf die absolut assimilatorisch gesinnten jüdischen Kommunisten nicht wirkungslos bleiben. So entstand bei ihnen der Plan, eine konzentrierte Massenkolonisation der Juden in einem der rückständigeren Teile Rußlands durchzuführen. Und vor allem der traditionelle Haß gegen den Palästinismus hinderte sie und damit die durch sie informierte Gesamtpartei der russischen Kommunisten zu der zionistischen Bewegung eine freundlichere oder wenigstens weniger freundliche Haltung ein-

zunehmen. (Selbstverständlich war auch die lemaistische Politik der russischen Kommunisten im Orient nicht ohne Einfluß auf ihre Haltung zum Zionismus.)

Es ist also klar, daß die Schaffung eines gesunden autonomen jüdischsozialen Organismus auch für die großen jüdischen Massen Rußlands eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist. Dies bestätigen die zahlreichen Gruppen, die sich trotz der fast unüberbrückbaren Schwierigkeiten doch einen Weg durch Kriegsfronten und Progrombanden nach Palästina zu bahnen verstehen. Dies beweisen in noch höherem Maße die hunderttausendee jüdischer Arbeiter und Händler Rußlands, die auf die erste Möglichkeit warten, um nach Palästina zu übersiedeln. Auch der Führer der russischen kommunistischen Poale Zion, Chasin, mußte, trotzdem er, um mit der Orientpolitik Sowjetrußlands nicht in Konflikt zu geraten, gegen einen aktiven Palästinismus im gegenwärtigen Augenblick auftritt, einen starken Drang nach Palästina anerkennen, der gerade jetzt das russische Judentum beherrscht. Auf der letzten Poalezionistischen Konferenz in Wien sagte er: Oeffnet nur für vierundzwanzig Stunden die Tore Rußlands und eine halbe Million Juden wird das Land verlassen, um nach Palästina zu übersiedeln.

Die Zustände unter den neuen Immigranten wuchsen sich zu einer veritablen Krise aus, die nur dadurch gemildert wurde, daß einerseits die palästinensische Regierung eine Reihe von Straßenbauten in Angriff nahm, wobei sie hunderte jüdischer Arbeiter beschäftigte, daß andererseits infolge der ruhigeren Entwicklung der polnisch-russischen Beziehungen die Springflut der Emigration ebenso plötzlich, wie sie eingesetzt hatte, verebbte. Aber die katastrophalen Zustände vom Herbst 1920 müssen uns eine eindringliche Lehre sein. Das, was wir einmal dort erlebt haben, dürfen wir nie wieder erleben. Jeden Tag kann die Flut von neuem die Dämme zerreißen. Jeden Tag können wir von neuem in Palästina vor das Problem gestellt sein, sofort eine große Anzahl von Einwanderern aufzunehmen. Und für diesen Augenblick müssen wir gerüstet sein. Wir müssen unverzüglich daran gehen, die wirtschaftlichen Bedingungen zu schaffen, die die Einwanderung ermöglichen, die aber andererseits auch die Grundlage für den Bau des freien jüdischen Gemeinwesens darstellen sollen.

Ich glaube mit diesen Darlegungen gezeigt zu haben, daß die Schaffung der jüdischen Heimstätte in Palästina nicht nur vom politischen Gesichtspunkt aus möglich, sondern auch mit Rücksicht auf die Lage und die Bedürfnisse der jüdischen Massen unverzüglich nötig ist. Ich will in einem weiteren Kapitel versuchen darzustellen, welcher Art diese wirtschaftlichen Grundlagen sind, welche Arbeiten zunächst unternommen werden müssen und was nötig ist, um hiezu imstande zu sein.

Der „neue Kurs".

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

—nb.— Warschau, im Dez.

Die polnische Regierung hat nach fast anderthalbjährigen Warten und Zögern den Versailler Zusatzvertrag den Schutz der Minderheiten in Polen betreffend, im Reichsgesetzblatt Nr. 110 vom 6. Dezember veröffentlicht. Es ist bekannt, daß trotz der Ratifikation dieses in Paris von den polnischen Delegierten unterzeichneten Vertrages durch den polnischen Landtag, Polen bisnun denselben nicht anerkennen wollte und durch seine Nichtveröffentlichung im Reichsgesetzblatt ihm jede Rechtskraft genommen hat. Nun hat sich die polnische Regierung die Sache doch überlegt.

In Zusammenhang damit beginnen manche Kreise in Polen von einem „neuen Kurs" bezüglich der Juden in Polen zu sprechen und die polnische Regierung hat es wahrscheinlich nicht versäumt, das Ausland raschest von ihrem „großmütigen" Schritte zu benachrichtigen. Es ist daher notwendig, die wirklichen Beweggründe der polnischen Regierung und gleichzeitig die Tragweite dieser Tatsache für die Entwicklung der Judenfrage in Polen klarzulegen.

Es sei im Vorhinein festgestellt, daß die rechtskräftige Anerkennung des Minderheitsschutzvertrages im polnischen Judentum gar keinen Enthusiasmus ausgelöst hat und dies beweist die politische Reife der jüdischen Massen in Polen und deren Führer. Herr Daszynski, der gegenwärtige polnische Vizepremier und der spiritus rector des polnischen Kabinettes gilt als ein sehr schlauer, in der österreichischen Schule ausgebildeter Politiker, irrt aber gewaltig, wenn er glaubt mit der Veröffentlichung des Vertrages seine ganze Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Und dazu war Vizepremier Daszynski naiv genug, die wahren Beweggründe seines Schrittes in seinem Expose vor den Vertretern der polnischen Presse zu enthüllen.

Im Zusammenhang mit der Finanzlage Polens sprach Minister Daszynski von der Notwendigkeit und den Aussichten einer auswärtigen Anleihe für Polen, insbesonders in Amerika und erklärte bei dieser Gelegenheit etwa folgendes: Es sei höchste Zeit, mit unserer kindischen Politik aufzuräumen. Die Judenexzesse und das Bartschneiden muß aufhören. Der zoologische Antisemitismus eines gewissen Teiles der polnischen Presse muß verschwinden. Es ginge nicht an, bei den jüdischen Bankleuten in Amerikas und Englands um eine finanzielle Anleihe für Polen zu flehen und gleichzeitig die Brüder und Glaubensgenossen dieser Finanzmänner zu verfolgen. Der amerikanischen Presse darf keine Nahrung geliefert werden und deshalb ist die polnische Regierung verpflichtet, den Juden volle Gleichberechtigung zu gewähren und den Minderheitsschutzvertrag zu veröffentlichen. Wir müssen diese Politik, die uns die ausländische Finanzkreise gewinnen soll, selbst auf die Gefahr hin, „Judenknechte" gescholten zu werden, betreiben.

Also sprach Herr Daszynski und am nächsten Tage erschien das Reichsgesetzblatt mit dem bereits veröffentlichten Minderheitsvertrag. Der Sozialistenführer Daszynski schrieb gleichsam einen Kommentar dazu und es ist wahrlich nicht nötig darüber länger nachzusinnen. Klipp und klar wurde es herausgesagt: Wir brauchen Euch Judenleute. Da Euere Brüder jenseits des Ozeans reiche Bankhäuser besitzen und da andererseits Polen auf deren finanzielle Unterstützung angewiesen ist, sind wir bereit darauf zu sehen, daß Ihr zu schreien und zu klagen keinen Grund mehr habet. Wir erklären es den Vertretern der polnischen öffentlichen Meinung, daß die wüste Judenhetze aufhören muß, daß wir nicht mehr Kinder sein dürfen, sondern erfahrene Handelspolitiker und bedenken, daß es für Polen von hohem Wert sei, die zoologischen Instinkte zu ersticken, die Juden in Ruhe und ihnen Gleichberechtigung angedeihen zu lassen. Dafür bekommen wir ja eine gute Belohnung, eine ausländische Anleihe und die Verbesserung der polnischen Valuta.

Also wohlgemerkt: Judenbärte wird man nicht mehr schneiden dürfen, weil es aller Menschlichkeit Hohn spricht und Schmach und Schande bedeutet für einen Staat, in welchem im 20. Jahrhundert solche barbarische Fälle auf der Tagesordnung sind; Gleichberechtigung wird den Juden nicht gewährt, weil ein Rechtsstaat allen Bürgern ohne Ausnahme gleiche Rechte erteilen muß und endlich: der Minderheitsschutzvertrag soll in Rechtskraft treten, nicht, weil in Paris den Polen Unabhängigkeit garantiert wurde mit der Bedingung, daß es volle religiöse und kulturelle Entwicklung aller Minderheiten gewährleiste, nicht, weil ein Nationalitätenstaat wie Polen, der 40 Prozent fremdnationale Elemente in sich birgt, nur bei Gewährung nationaler Autonomie sich voll entwickeln kann — von all dem keine Rede. Es wird ganz einfach gehandelt, wie im Mittelalter, in dem die Juden ihre Freiheit und Lebensschutz teuer erkaufen mußten.

Ja, und was würde geschehen, wenn die polnischen Juden keine „reichen", sondern arme oder einfach vermögende „Glaubensbrüder" in Amerika hätten, oder aber, was doch sicher nicht ausgeschlossen ist, wenn die Herren Bankmänner in Amerika oder England dem polnischen Staate gar keine Anleihe geben wollten, da es ihnen ganz einfach nicht — konvenieren würde. Wer ist so naiv zu glauben, daß das internationale Kapital nationale oder Glaubensrücksichten übt....

Die Juden sollen also Gleichberechtigung bekommen — wenn sie bezahlen. Und die Minderheitsrechte, die treten ins Leben — im Reichsgesetzblatt. Denn wollte man diesen Vertrag verwirklichen, wäre ja nichts einfacheres als in der eben im Sejm zur Beratung stehenden Verfassung die diesbezüglichen Bestimmungen aufnehmen und auf diese, einzig wirksame Weise den Juden geben, was ihnen gebührt: faktische Gleichberechtigung im Wege der Anerkennung der Juden, als exterritorialen nationalen Minderheit im polnischen Staate mit allen daraus resultierenden Folgen. Aber die langen Beratungen und bisherigen Beschlüsse des Landtages bewiesen ja zur Genüge, wie „ernst" die polnische Regierung um die polnischen Parteien ohne Ausnahme die jüdisch-nationalen Forderungen aufnehmen. Kein einziger Abänderungsvorschlag der jüdischen Abgeordneten ist angenommen worden. Nicht nur die jüdisch-nationalen Forderungen, sondern auch die jüdische Religion wurde öffentlich von der Sejmtribüne aus besudelt.

Und die polnische Presse, an deren Adresse doch der Appell des polnischen Vizepremiers gerichtet war, schwieg total. Die entsprechenden Stellen des Exposes wurden unterdrückt, die Veröffentlichung des Minderheitsschutzvertrages totgeschwiegen, und wo es bekanntgemacht wurde, geschah es nur einem haßerfüllten Kommentar, der noch die Bedingungen des Herrn Daszynski erhärtete: die Juden haben bei der sich in Kürze darbietenden Gelegenheit nachgewiesen, ob sie diese „neue Politik" verdienen. Und da werden die Juden für den Ausgang der Volksabstimmung in Oberschlesien und in Wilna verantwortlich gemacht. (Kurjer Warszawski).

So sieht also der „neue Kurs" der polnischen Judenpolitik aus. Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich hie und da aufrichtigere Gefühle regen und vernünftigere Stimmen herauswagen. Aber der polnischen Presse fehlt es an guten Willen, ihre Judenpolitik zu ändern und den ehrlichen Regierungsmännern an Mut die fortschrittlicheren Elemente zu unterstützen und gegen den Willen der Antisemiten den neuen, wirklich anständigen und aufrichtigen Kurs in der Judenpolitik zu inaugurieren. Dies aber wäre höchste Zeit, nicht in letzter Linie — für das Gedeihen und Entwicklung des polnischen Staates.

II. Delegiertentag des Volksverbandes der Juden in der Slowakei.

Am 27. Dezember 1920 kam der Volksverband der Juden für die Slowakei zum zweitenmal in Piestany zusammen, um über die weitere Tätigkeit der Juden im Slovensko zu beraten. Der Tag war gut besucht, wenn man bedenkt, daß bewußt jüdische Tätigkeit in dieser Provinz unserer Republik erst seit 2 Jahren betrieben wird. Wir anderen Juden sind gewohnt, nach anderem Maßstabe zu messen und finden alle Tätigkeit in diesem an Juden so reichen Gebiet zu wenig. Wir vergessen dabei, daß wir überall auf eine Propaganda und Agitationsarbeit von 25 Jahren zurückblicken können und müssen, wenn wir ehrlich sein wollen, daß unter diesem Gesichtswinkel gesehen. der zionistische Geist schöne Fortschritte.

Der Delegiertentag war, wie sein Vorsitzender Dr. Max Jellinek (Nitra) enunzierte, keine zionistische Generalversammlung; er konnte es sich aber doch nicht versagen. der zionistischen Bewegung gerecht zu werden.

In der Slowakei liegen nun die Dinge anders, wie bei uns. Die slowakischen Juden sind zu uns gekommen, als Untertanen eines früher fremden Staates. In der alten Monarchie gehörten sie zu Ungarn und waren daher staatsrechtlich von uns geschieden, ein Umstand, der für die Psychologie dieser Juden von eminent wichtiger Bedeutung ist. Die slowakischen Juden fühlen sich bei uns noch nicht recht heimisch, wenn sie sich auch bestreben, die alten politischen Götter zu verbrennen.

Durch Jahrzehnte im magyarischen Geiste erzogen, durchdrungen von dem Größenwahnsinnigen Satze extra hungarlam van est vita, hat die jüngere Generation so allen Kontakt mit Westeuropa verloren, daß sie sogar die deutsche Sprache, Literatur und Kunst verpönte, und einer vollständigen Assimilation an das hohle Magyarentum verfiel der auch die Orthodoxie huldigte und die so weit ging, daß auch ein Brody Sandor deutsch ur stammeln konnte und kann.

Von den magyarischen Politikern mißbraucht gesellschaftlich bevorzugt wenn auch in den frühesten Zeiten magyarisch-antisemitische Ansätze vorhanden waren, wirkten sie oft als ein Machtfaktor mit dem einzelne politische magyarische Richtungen rechneten. Sie wähnten zu schieben und wurden geschoben, und nur noch in Polen haben Schlachzizen mit ihren Hausjuden solches Schindluder getrieben, wie die Magnaten mit ihren Juden.

Und wenn wir bedenken, daß es sich — kraß ausgedrückt — so mancher Jude zur hohen Ehre anrechte an einen Stuhlrichter in einer Nacht beim Ferbeln 10.000 — 20.000 fl. verlieren zu dürfen, so darf es uns nicht wundern, wenn der Gedanke, diese moralischen Schlacken abzustreifen, den Juden schwer wird.

Man muß mit dieser verpesteten unmoralischen Athhmosphäre rechnen, aus der sie stammen. Und es bedarf einer unermüdlichen und geduldigen Arbeit diese Juden zu neuen Menschen zu machen.

Daß die tschechoslowakische Republik es nicht verstanden, sofort alle Juden von Slowensko für sich zu gewinnen ist nicht Schuld der Juden. Es hätten sich maßgebende Politiker sofort sagen müssen, daß mit Plünderungen, Gewalt u. Internierungen die Liebe nicht erworben wird. ebensowenig als die Südslawen im altösterreichischen Staate durch Curaj und consartes nicht zu gewinnen waren. Auch heute sollte es sich unsere Regierung noch angelegen sein lassen mehr Liebe und Entgegenkommen den slowakischen Juden entgegenzubringen, als es in der Tat geschieht.

Aber nicht das sind die bewegenden Momente, welche die Tagung interessierte. Der Gegensatz unter den Juden in der Slowakei ist nicht hie Assimilanten und hie Juden. sondern Orthodoxie und Nicht-Orthodoxie. Wie diese Gegensätze auszugleichen wären, wie es möglich sein könnte, diese Gegensätze wenigstens im politischen Leben zu überbrücken, damit war die Debatte des zweiten Tages ausgefüllt. Der spiritus rektor der Ausgleichsanbahnung war der Oberrabbiner Reich aus Vrbove, sicherlich eines der imposantesten Gestalten der Konferenz. Seine hohe Gestalt die das Halbdunkel liebt, um desto prophetischer und seherischer zu wirken. überragt um Hauptes länge alle Delegierten und er fühlt den Einfluß, der von ihm ausgeht. Alle Debatter war sich darüber einig — es sei aber gesagt, daß die Debatte oft nicht die Höhe der Referate erreichte und als Generaldebatte zu allen gehörten Referaten sich nicht in den Bahnen bewegte, die notwendig gewesen wären — daß man mit der Orthodoxie zu einer Einigung kommen müsse und es wurde auch eine zehngliederige Kommission zu diesem Zwecke gewählt.

Dr. W. Wellwart, Advokat aus Velke Tapolcany, ist so etwas wie ein enfant terrible der slowakischen Juden, ein temperamentvoller magyarischer Redner, ehemaliger Hörer der Budapester Universität, verfügt er leider nicht über jenen deutschen oder slowakischen Wortschatz, um in diesen Sprachen so zu wirken, wie er möchte, — und er will wirken. Er wird viel angefeindet, nicht nur von slowakischen Juden, sondern auch von den anderen Juden der Republik, die seinen Standpunkt mißverstehen. Er ist kein Zionist, wiewohl er aber mit Emphase erklärte, jüdisch-national zu sein, aber er ist ein Rufer im Streite für den Frieden mit den Orthodoxen, mit denen er gute Beziehungen hält. Es wäre schade um den Mann, wenn ihn sein starrsinniges Festhalten an seiner fixen Idee davon abhalten würde, sich offen und ehrlich zur zionistischen Idee — deren Gegner zu sein, er mit Entrüstung abweist — zu bekennen, — man würde ihn dann auch viel ernster nehmen.

So wurde denn in der Domäne des Oberrabbiners Koloman Weber der Ausgleich beschlossen. Wenn dieser zustande kommt, hat die Organisierung der slowakischen Judenheit einen großen Fortschritt nach vorwärts gemacht und es war keine vergebliche Arbeit, die da geleistet wurde. Ob man wohl die Stelle des Präsidenten des Volksverbandes deshalb freiließ, um sie einem orthodoxen Führer anzubieten??

Wir wünschen die Einigung der slowakischen Juden und beglückwünschen die Unterhändler, wenn sie gelingt.

Sitzungsbericht.

Unter großer Beteiligung, ca. 150 Delegierten, wurde Montag, den 27. Dezember der 2. Delegiertentag der slowakischen Juden eröffnet.

Der Präsident Theodor Wister (Nove Mesto n. V.) eröffnet als Präsident des Volksverbandes die Tagung, begrüßt die erschienenen Delegierten und schlägt zum Vorsitzenden der Tagung H. Dr. Max Jellinek (Nytra) vor, der auch einstimmig gewählt wird.

Dr. Max Jellinek dankt für die Wahl und sagt unter anderem, diese Tagung sei keine zionistische Generalversammlung, sondern ausschließlich die Vertretung des allgemeinen Judentums der Slowakei. Er meint, man müsse alles aufbieten, damit dieser allgemeine Wille in den Beschlüssen der Tagung zur Geltung komme.

Diese seine Aeußerungen mögen nicht als Schlachtruf gegen den Zionismus aufgefaßt werden, heute, wo der Zionismus eine anerkannte Korporation (?) sei, man könne sich gegen ihn nicht mehr verschließen.

Wir müßten aber für das allgemeine Judentum auch Opfer bringen.

Der Vorsitzende begrüßt nachträglich den eben erschienenen Vertreter der politischen Behörde und schreitet an die Wahl des Büros sowie der Kommissionen. Es werden nach Vorschlag Dr. Sajos en bloc einstimmig gewählt: zu Vizepräsidenten die Herren: Knöpfelmacher, Dr. Spierer, J. Felsenburg, Adolf Kloster; zu Beisitzern: Josef Müller, Jakob, S. Löwy, Albert Stark, Bern, Jellinek; zu Schriftführern: Ernst Novak, Dr. Wellwart, Dr. Salzer, Dr. Sipos, Dr. Hoffer, Dr. Weiner, Gustav Haß, Felix Schönfeld. In die Kommissionen: Kandidatenkommission: Richard Schlesinger, Dr. Alexander, Juda Rosenfeld, Dr. Hajdu, Dr. Sipos, Jakob Grünwald, Dr. Wellwart. Permanenzkommission: Dr. Eisler, Sam. Schlesinger, Dr. Theofil Rosenberg, Dr. Klein, Kohn. Finanzkommission: Felix Fischer, Knöpfelmacher, Hugo Tauber, Theodor Wister, Rich. Schlesinger, Dr. Ringwald, Dr. Rosenfeld Adolf, Dr. Sajo. Schulkommission: Ad. Reichenthal, Guttmann, Adolf Grünwald, Rabb. Dr. Fischer, Rabb. Reich, Rabb. Dr. Schönfeld, Rabb. Dr. Klein (Nitra), Rabb. Dr. Klein (Nove Zamky), Komlosi, Simon

Fisch, Dr. H. Roth, Direktor Ignaz Ecrö. Statutenkommission: Dr. Sajo, Dr. Spierer, Dr. Sipos, Dr. Kondor, Dr. Rosenfeld, Dr. Guth. Pressekommission: Komlosi, Rabb. Dr. Fischer, Dr. Kondor, Rabb. Reich. Soziale Kommission: Quastler Mor, Becher Adolf, Weinfeld, Dr. David Meyer.

Nach erfolgter Wahl begrüßt im Namen des Jüd. Nat. Rat. Prag Herr Ungar, im Namen des zionist. Zentralkomitees Emil Waldstein, im Namen des zionistischen Distriktskomitees für Mähren und Schlesien Dr. Gustav Kohn. Telegramme sind eingelaufen von der jüdischen Delegation gezeichnet Sokolow, Motzkin und vom Prager J. N. R.

Nun beginnt die Tagesordnung mit dem Rechenschaftsbericht des Sekretariats Dr. Sajo. Das Sozial- und Rechtsschutzreferat (Weinfeld). Kassareferat (Müller). Politisches Referat (Dr. Sipos). Referat über Volksverband und Vereinigte Jüd. Parteien (Dr. Eisler). Schulreferat (Reichenthal).

Die gehaltenen Referate stehen alle auf einem hohen Niveau. Der zionistische Gedanke macht auch in der Slowakei immer größere Fortschritte und die Zionisierung ist nur eine Frage der Zeit.

Ueber den Fortgang der Beratung berichten wir noch nächstens.

Polen.

Zionistischer Sieg bei den Kultuswahlen in Tarnow.

(Tel. der „Wr. Morgenzeitung“.) Bei den Wahlen in die hiesige Kultusgemeinde haben die Zionisten einen überwältigenden Sieg errungen. Von 21 Mandaten, welche zu besetzen waren, fielen ihnen 20 zu. Die Assimilanten konnten nur ein Mandat er-

England.

Einigungsverhandlungen zwischen Misrachi und Aguda.

Am 16. Dezember fanden im Hause Sir Stuart Samuels Verhandlungen zwischen Misrachi- und Aguda-Vertretern statt, um eine Basis zu schaffen, die das gemeinsame Arbeiten der beiden Organisationen erleichtern würde. Die Vertreter der Aguda erklärten sich nur unter der Bedingung zu einer Zusammenarbeit bereit, wenn sich die Misrachi-Organisation von den Zionisten trenne, womit sich die Misrachi-Vertreter nicht einverstanden erklären konnten. Der Vorschlag der Misrachi-Vertreter, der die Agudas Jisroel einlud, am Erziehungswerk des Misrachi in Palästina, für welches ein substantieller Vertreter im Erziehungsrat (Waad Hamfakeach) zugestanden wurde, teilzunehmen, wurde ebenfalls von den Aguda-Vertretern abgelehnt, obgleich hervorgehoben wurde, daß dieser Erziehungsrat volle Autonomie für die orthodoxen Schulen in Palästina hat, was durch die auf der letzten zion. Jahreskonferenz angenommene Resolution durchgesetzt wurde.

Erez Israel.

Politisches.

Stadt — Tel-Awiw.

Das jüdische Stadtviertel Jaffas, Tel-Awiw, hat vom Oberkommissär das Recht erhalten, sich als selbständige Stadtgemeinde mit eigenem Magistrat zu konstituieren.

Wirtschaftliches.

Tiberias erhält Wasserleitung.

Tiberias, das während des Krieges elektrische Beleuchtung erhalten hat, wird demnächst auch eine Wasserleitung erhalten, welche die Stadt mit gesundem Wasser versorgen wird. Die Rohrleitungen sind bereits zum größten Teil gelegt. Tiberias war bisher auf das Wasser des Genezarethsees angewiesen, dessen Benützung aus sanitären Gründen unerwünscht ist.

Kultuswahl in Mähr.-Ostrau.

Der Witkowitzer Tempelverein gibt bekannt, daß die offizielle Liste für die am 9. Jänner 1921 stattfindenden Wahlen in die Kultusgemeindevertretung Mähr.-Ostrau die

Nummer 5

trägt und nachstehende Personen kandidiert:

1. Leopold Rufeisen, Privatier, Witkowitz,
2. Latzi Singer, Privatier, Witkowitz,
3. Adolf Haberfeld, Gastwirt, Witkowitz,
4. Jakob Oppenheim, Gastwirt, Witkowitz,
5. Adolf Munk, Oberinspektor, Witkowitz,
6. Moritz Silbiger, Sodawassererzeuger, Witkowitz,
7. Emil Rosenberg, Wäscheerzeuger, Witkowitz,
8. Samuel Weber, Kaufmann, Witkowitz,
9. Heinrich Langer, Kaufmann, Witkowitz,
10. Josef Neugeboren, Privatbeamter, Witkowitz,
11. David Fränkl, Kaufmann, Witkowitz,
12. Josef Rosenberg, Kaufmann, Witkowitz.

*

Zur Beachtung!

Die Listen Nr. 6 und 5 sind für die Wahlen am 9. Jänner 1921 gekoppelt.

*

Voranzeige: Samstag, den 8. Jänner 1921 große öffentliche Wählerversammlung. Näheres Plakate.

Zionistisches Wahlkomitee.

*

Přivoz.

In zionistischen Kreisen macht sich eine lebhafte Mißstimmung bemerkbar, daß der Přivozer Tempelverein seine Kandidatenliste als Liste des Vereines bezeichnet, ohne daß eine Generalversammlung oder der Ausschuß des Vereines befragt wurde. Wir werden ersucht, festzustellen, daß sich die Zionisten dagegen verwahren, daß der Namen des Tempelvereines mißbraucht wird und daß sie im Vereine selbst für diese Handlungsweise Rechenschaft verlangen werden.

Jüdischer Sport

Konstituierung des Nordmähr.-schlef. Gaues des J. F. V. (amtlich).

Sonntag, den 26. Dezember fand in M.-Ostrau die Konstituierung des Gaues statt. Wittmann (Makabi Ostrau) eröffnet die Sitzung zu der folgende Vereine ihre Vertreter entsendet hatten: Makabi Ostrau, J. A. S. K. Ostrau, Hakoah Olmütz, Hakoah Troppau, Hakoah Witkowitz, Hakoah Orlau, Makabi Oderberg, Makabi Hruschau (neu).

Als Vertreter des J. F. V. war Herr V. Thorsch anwesend, der auch das Organisationsreferat erstattete. Der Referent ging von der Gründung des J. F. V. aus, berührt die Einigungsverhandlungen zwischen dem tschechischen und deutschen Verband und berichtet über den vom Verbandsausschuß gefaßten Beschluß, daß alle jüdischen Klubs aus ihren bisherigen Verbänden auszutreten haben. Der J. F. V sei dadurch tatsächlich ins Leben getreten und gebe den einzelnen Vereinen die Möglichkeit ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen und im jüdischen Geiste zu behandeln. Die Anerkennung des J. F. V. ist defakto von den andersnationalen Verbänden bereits erfolgt, so daß auch die jüdischen Spieler in den Klub anderer Verbände gezwungen sein werden, zur Frage des J. F. V. dessen vollkommen unpolitische und parteilose Haltung ganz besonders betont wurde, Stellung zu nehmen. Es wird an diejenigen von den jüd. Sportsleuten, die vorgaben „gute Juden“ zu sein — wenn sie auch nicht einem jüdischen Klub angehören — weil diese im tschechischen Verbande organisiert waren, die Entscheidung herantreten, hie tschechisch und deutsch, hie jüdisch. — Auf diejenigen, die es über sich bringen durch ihren Verbleib in den tschech. oder deutschen Sportklub ihre Zugehörigkeit zu einer dieser Nationen zu erklären, werden wir gerne verzichten, denjenigen aber, die es mit ihrem Judentum tatsächlich ernst meinen ist durch die Gründung eines selbständigen jüdischen Verbandes, der naturgemäß weder von dem tschechischen noch von dem deutschen Verband abhängig ist, Gelegenheit gegeben die Echtheit ihrer Gesinnung zu beweisen. Der Redner schließt mit dem Aufruf zur Disziplin, der ersten Vorbedingung einer jeden Organisation.

Die hierauf vorgenommenen Wahlen ergaben folgendes Resultat; Gauobmann Walter Kulka (Ostrau) Stellvertreter Willy Matzner J. A. S. K. Josef Jarolim (Olmütz). Schriftführer und Pressereferent Max Weber (Mähr.-Ostrau), Ignatz Rosenberg (Witkowitz) Personalreferent Oskar Meßner J. A. S. K.) Sportreferent Josef Jarolim, Jugendreferent Willy Matzner, Kassier Oskar Barber (Orlau) Gaukapitän Moritz Grüner (Ostrau), K. Repper (Olmütz), Ersatz Bribram (Oderberg), Zarno (Hruschau), Revisor Bruno Melzer (Ostrau), Fritz Reif (Orlau).

Die Hausordnung wird mit einigen Aenderungen angenommen und wird dieselbe allen Vereinen zugeschickt werden. Antrag Wittmann, daß die Gauleitung außer Fußball auch die anderen Sportzweige vertreten soll wird angenommen und den Statuten eingefügt. Der Gautag beschließt weiters: Der Gautag erteilt den Delegierten den Auftrag die Originalabmeldung aus den ihnen bis zum übergeordneten Gauen an die Gauleitung ehestens einzusenden. Als offizielles Organ wird das „Jüdische Volksblatt“ in Mähr.-Ostrau und der „Jüdische Sozialist“ in Brünn bestimmt. Alle Vereine sind verpflichtet die betreffenden Blätter zu halten, denn nur auf diesem Wege werden amtliche Mitteilungen an die Vereine ergehen. Weiters hat jeder Klub eine Konsignation seiner ausübenden Mitglieder sofort an die Gauleitung einzusenden. Die Beiträge an den Gau werden jedem Verein schriftlich bekanntgegeben werden und sind diese Beiträge bereits für das Jahr 1920 einzuzahlen. Es wurde eine Benjaminkommission eingesetzt, die darüber zu wachen hat, daß die Vorschriften betreffs der Benjamins strenge eingehalten werden. Die Spielberechtigung der Benjamins hängt ab vom letzten Schulausweis und einer jährlich stattzufindenden ärztlichen Untersuchung. Die Altersgrenze wurde für Benjamins mit vierzehn, für Zöglinge mit siebzehn Jahren festgesetzt. Folgende Resolution (Weber) wurde angenommen: Der Gautag fordert den J. F. V. auf dahin zu wirken, daß der gegen einen Verein aus sportlichen Gründen verhängte Boykott und die Disqualifizierung einzelner Spieler auch von den anderen Verbänden (tschechisch, deutsch) mit Gegenseitigkeit eingehalten wird.

Die Vereine haben Schiedsrichterkurse abzuhalten und die Teilnehmer an demselben müssen sich einer Prüfung vor der Gauleitung unterziehen (Termin wird noch bekanntgegeben) dann erst erhalten dieselben eine Schiedsrichterlegitimation. Bereits geprüfte Schiedsrichter sind der Gauleitung anzumelden. Die Funktion des Strafausschusses übernimmt die Gauleitung nach einem Straftarif, der allen Vereinen zugeschickt werden wird.

Zuschriften sind zu richten an Max Weber, Mähr.-Ostrau, Straße der tschech. Legionen Nr. 6. Geldsendungen an die „Mährisch-Ostrauer Volksbank“ auf Konto des Herrn Oskar Barber, Orlau.

Die formale Anerkennung der Berechtigung zionistischer Forderungen ohne innere Ueberzeugung ist wertlos.

Die unter zionistischem Einflusse beschlossene Erfüllung einzelner zionistischer Forderungen verbürgt noch nicht zionistischen Geist auch für die zukünftige Arbeit der jüdischen Gemeinde. Wer will, daß die jüdische Gemeinde von lebendigem jüdischen Geiste beseelt sei, wählt in die Kultusgemeinde

zionistisch!

Das zionistische Wahlkomitee.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Bibliotheksstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden jeden Dienstag von 1/26—1/27 Uhr abds. im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüdischen Volksschule statt. Das Publikum wird eingeladen, die Bibliothek eifrig zu benützen.

*

Der hebräische Sprachverein „Hebriah“ in Mähr.-Ostrau veranstaltet am 15. Jänner 1921 in den Lokalitäten des Hotel National eine große Akademie mit anschließendem Tanze. Ein rühriges Komitee ist bereits mit den Vorbereitungen beschäftigt und es kann heute schon gesagt werden, daß diese Veranstaltung für Alt und Jung, für Liebhaber ernster und heiterer Miene bestimmt ist und jeder mit dem Gebotenen zufrieden sein wird. Jedem einzelnen Besucher dieser Akademie wird Interessantes geboten. Das nähere Programm wird noch bekannt gegeben werden. Alle jüdischen Vereine und Korporationen werden ersucht, diesen Tag frei zu halten.

*

Der nächste Geschichtskurs des jüdischnationalen Frauen- und Mädchenvereines „Mirjam“ findet, da Herr Prof. Braun verreist, ist, erst am 11. Jänner 1921 statt.

*

Die jüdischen Akademiker von Mähr.-Ostrau veranstalten Mittwoch den 5. Jänner 1921 in allen Lokalitäten des Hotel National einen Ball. Reklamationen bezüglich Einladungen sind an Herrn Arpad Großmann, M.-Ostrau, Chelcickygasse 7, zu richten.

*

Kundmachung.

Die Steuerliste für das Jahr 1921 liegt zur allgemeinen Einsichtnahme in der Zeit vom 1. bis 14. Jänner 1921 in der Kanzlei der Kultusgemeinde öffentlich auf.

Reklamationen gegen die Höhe der Vorschreibung sind im Sinne des § 95 des Statutes innerhalb 14 Tagen nach Zustellung an den Vorstand der israelitischen Kultusgemeinde einzubringen.

Vorstand der israel. Kultusgemeinde Troppau.
Der Vorsteher: Gustav Fing.

Aus der Theaterkanzlei.

Dienstag, den 4. Jänner gelangt „Kabale und Liebe“, Trauerspiel in 5 Akten (8 Bildern) von Friedrich Schiller, in Folge 4 braun neueinstudiert zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: die Damen Franziska Lothar, Eleonore Murhammer, Jenny Rainert, Mizzi Schneider, die Herren Egon Engelmann, Hans Mahler-Marton, Otto Mazel, Eduard Pötter, Hugo Schneider, Reinhold Weiglin. Spielleitung: Reinhold Weiglin.

Mittwoch, den 5. Jänner halb 8 Uhr abends Lehars Meisteroperette „Die blaue Mazur“ in Folge 5 blau.

Donnerstag, den 6. Jänner 3 Uhr nachmittags findet nach längerer Pause die Aufführung der melodiösen Operette „Frühlingsluft“, Musik nach Motiven von J. Strauß, statt. (Außer Dauer- und Stammsitz.) — Abends halb 8 Uhr „Die Jüdin“, große Oper, Musik von J. Halevy. (Außer Dauer- und Stammsitz.)

Freitag, den 7. Jänner „Die schöne Helena“ in Folge 1 rot.

Samstag, den 8. Jänner „[illegible]“ in Stammsitz A.

Přivoz.

Die Akademie der jüdischen Jugend in Přivoz, die am 21. Dezember im Cafe Central stattfand, nahm einen äußerst würdigen Verlauf und erfreute sich eines erlesenen Publikums, welches die Darbietungen mit verständnisvollem Interesse entgegennahm. Die Jugend war bemüht, das möglichst Beste zu leisten und war auch der Hauptzweck der Veranstaltung, ernste und echte jüdische Kunst zum Vortrage zu bringen. Den Glanzpunkt der Darbietungen bildete die Aufführung von Bruchstücken aus dem Oratorium Elias von Mendelssohn, welche von Herrn Kapellmeister Eugen Donath vom deutschen Theater in M.-Ostrau meisterhaft einstudiert und auf dem Klavier mit künstlerischem Verständnis begleitet war. Herr Rubin Rothmann vom Theater in M.-Ostrau brachte in diesem Rahmen die Arien des Elias „Herr Gott Abrahams“ und „Es ist genug“ mit viel Empfinden, wenn auch in der Stimmgebung durch eine Indisposition behindert, zum Vortrag und errang damit eine Beachtung, die diesem heranstrebenden Künstler gebührt. Frl. Julie Normanns Arie „Höre Israel“ klang wie aus Engelssphären. In Quartetten und Terzetten beteiligten sich außer den bereits erwähnten Sängern die Damen Else Borger und Regine Blonski, sowie die Herren Jakob Weinheber und Ing. Ernst Frischer mit Erfolg an der Aufführung. Die Rezitationen des kleinen Schmerler, welcher Rosenfeldsche Gedichte vortrug rissen durch sein, weit über das Normale reichendes Talent das Publikum zu wahren Beifallsstürmen hin. Die Rezitationen des Herrn Leo Hornung (Bialik-Boruchowicz), sowie die Vorlesung des Herrn Ernst Mechner (Werfel-Höflich) wahrten das künstlerische Niveau der Darbietungen. Ganz besonderer Erwähnung bedarf die Mitwirkung des Violinvirtuosen Josef Vorzimmer, der einen Mendelssohnschen Opus mit Klavierbegleitung von Frl. Mizzi Herz und überdies ein eigen komponiertes Violinsolo zum Vortrag brachte. Frl. Willi Felix war so liebenswürdig, mit einigen Liedern eine Lücke zu füllen, die durch den Entfall eines hebräischen Kindergesanges (wegen Erkrankung der Trude Joll) entstanden war. Den Abend beschloß der Herzlsche Einakter „Im Speisewagen“, in dem Frl. Grete Kaßler ganz bedeutende Schauspielerinnenqualitäten bezeigte. Ihr Partner Herr Richard Groß und die Herren Salomonovicz und Dunski entledigten sich ihrer Rollen zur vollsten Zufriedenheit. Leider ließ die Bühnenausstattung, die infolge einer Absage im letzten Augenblick mit großer Aufopferung und Arbeit improvisiert wurde, zu wünschen übrig. Alles in Allem ein Abend, von einem ernsten jüdischen und künstlerischem Wollen diktiert, der noch wesentlich mehr Beachtung der jüdischen Kreise in Přivoz und M.-Ostrau wert war, als er tatsächlich fand.

Auspitz.

Dank den Bemühungen der Herren Benedikt und Wlczek ist es gelungen in Auspitz eine Unterhaltung mit gutem Erfolg zustandezubringen. Die neue Hatikwah von Haitmann als Einleitung fand lebhaften Beifall. Von den Mitwirkenden wären zu erwähnen, die ausgezeichnete Vorlesung des Herrn Hirsch (Onkel Jonas), die Prosa und Gesangsvorträge der Herren Benedikt, Kantor Rovinsky und aus Kostel Herr Heßky und Rosenzweig. Der gute Klaviervortrag des Herrn Wlczek fand nur zu wenig Aufmerksamkeit. Von den Mitwirkenden in den beiden Theaterstücken wären zu erwähnen: Fräulein Eisinger, Böch und Wschienes im ersten (die Maus), Herr Wlczek und Frl. Wachsmann im zweiten (Er muß taub sein).

Aussig.

Herr Rudolf Bäuml in Fa. Bäuml u. Co. verlobte sich mit Frl. Mella Heller, Tochter des Herrn Kommissionärs Hermann Heller.

Am 26. v. M. feierte Herr Julius Frank, Fabrikant, seine Trauung mit Frl. Elly Preß, Tochter des Fabrikanten Adolf Preß, Aussig.

Witkowitz.

Am 28. Dezember veranstaltete der Witkowitzer Tempelverein eine Feier um allen Mitgliedern des Tempel-Chores seinen Dank abzustatten.

Das Fest nahm einen glänzenden und lustigen Verlauf. Bis zum frühen Morgen wurde dem Tanz gehuldigt.

Ung.-Ostra.

Die zionistische Ortsgruppe Ung.-Ostra-Wesseln veranstaltete am 7. d. M. im Hause der Frau Gisela Schön, Wesseln, einen Chanuka-Abend, der einen schönen Verlauf nahm und gewiß dazu beitrug, dem zionistischen Gedanken auch unter der Wesselner Judenschaft Eingang zu verschaffen. Nach dem Entzünden der Lichter durch Herrn Kantor Rosner, Wesseln, begrüßte der Obmann-Stellvertreter Herr Josef Wagner die Anwesenden und charakterisierte in treffenden Worten die unfaßbare Gleichgültigkeit des Großteiles der Westjuden gegenüber der furchtbaren Lage unserer ostjüdischen Brüder, ja, auch gegenüber der Lage unseres Volkes überhaupt, für das jetzt der entscheidende Augenblick seiner Geschichte gekommen sei. Ueber die Bedeutung des Chanukafestes sprach Herr Oberkantor D. Grünbaum, über die Entwicklung und die großen Erfolge des Zionismus, sowie die große Bedeutung des Keren Hajessod Herr F. Fränkel, welcher zum Schluße seiner Ausführungen in markanten Worten an die Anwesenden appellierte, sich in gebührender Weise an der Aktion zu beteiligen. Das übrige Programm enthielt musikalische ernste und heitere Vorträge der Damen Grete Brada, Jella Czech, Erne Neufeld, Sida Schön und des Herrn Fränkel. Vom Reinertrag der Veranstaltung per 500 Kronen wurden 200 Kronen der Turn- u. Sportsektion „Makkabi" des Jüd. nat. Vereines „Jvria" und 300 Kronen dem Jüd. Nationalfonds zugeführt. Die Leitung der Ortsgruppe spricht hiemit nochmals der Frau Schön für ihr besonderes Entgegenkommen, sowie auch den übrigen Damen und Herren für die Büfettspenden den verbindlichsten Dank aus.

Jüdischer Nationalfonds.

Ausweis Nr. 43

vom 8. bis 23. Dezember 1920.

Allgemeine Spenden.

Freistadt: Sammlung b. Chanukah-Kinderfest d. H. Neufeld 179, Jüd. Wohltätigkeitsverein v. einer Veranstaltung 300, zusammen K 479.—

Kl.-Kuntschitz: Laut Sammelbogen und Ueberzahlung von Telegrammen K 136.—

Mähr.-Ostrau: Schachpartie Goldberger-Krieger 10, Dr. Neumark Spielgewinn 12, Sammlung b. Hochzeiten: Spitzer-Zweigenthal 230, Spitzer-Ing. Bachrach 260, Buchbinder-Rosenbaum 180, Brod-Rubinstein 100, Sammelbogen Dr. Ruseisen 164.70, Sammelbogen Leo Krieger, zusammen K 1111.70

Pohrlitz: Rudolf Adler K 2.—

Troppau: Gustav Finzi 10, Adolf Hochner anl. Geburt eines Sohnes 100, Dr. Leschner 5, Postdirektor Schönfeld anl. s. Ernennung 20, Rosen 10, S. Brod 20, Dr. Lederer Leo Leschner je 10, Weinreb 20, Minjamverein Thorasp. 20, Prof. D. L., Keppler je 11, Oberoffizial Fuch 6, zusammen K 273.—

Ung.-Ostra: Sammelbogen Fränkel K 15.—

Ung.-Brod: Viktor Löwy anl. s. Abreise nach Amerika, Leo Smetana, Dr. Felix Brunner, Arthur März je 10 K, Ig. Brunn 5, Berth. Groß 50, „Hatikwah" 10% von der Makabäerfeier 45.40, zusammen K 140.40

Wolframs: Familie Spitzer gratuliert herzlichst zur Hochzeit Meißner-Hayek Triesch-Austerlitz K 20.—

Oelbaumspenden.

Friedek-Mistek: Salomon Hain: Jüd. Volksrat 13 B. K 200, Wanderbund Blau-Weiß 28 B. K 420, Zion. Mittelschüler 2 B. K 30, Alfred Weiß 100 K, Ferry Hauser 100 K, Josef Reik 20, Dir. B. Kraus 75 K, zusammen K 945.—

Mähr.-Ostrau: Arthur Berger anl. Jahrzeit s. Mutter a. N. Sofie Berger 1 B. K 15.—

Privoz: Artur Sonnenschein 30, Fritz Huppert 40, Schutzmann 10, Eichner 5, Klausner 10, Ringer 20, Sig. Huppert 20, Neufeld 10, Borger 10, Ing. B. Sonnenschein 10, zus. 11 B. a. N. Edith Huppert, Regine Sonnenschein 2 B. a. N. ihrer Tochter Ilse, zusammen K 195.—

Straßnitz: Sammlung Hochzeit Schön-Braun d. Wilh. u. Rudi Braun 10 B. K 150.—

Troppau: Gustav Finzi a. N. Dr. Josef Rufeisen M.-Ostrau 2 B. K 30.—

Ung.-Ostra: Sammlung d. H. Fränkel: Jvria-Garten Emil Singer 2 B. a. N. Eltern Cäcilie und Jonas Singer, Leo Reich a. N. Otto Singer 1 B.; Ernst Winterstein a. N. Otto Singer 1 B.; Reich, Singer O., Träbl und E. Singer a. N. Friedr. Fränkel 1 B. Friedr. Fränkel a. N. s. verstorbenen Mutter Friederike Fränkel 2 B., Alfred Weitzmann 1 B. a. N. s. Vaters David Weitzmann 1 B., Selma Klein a. N. ihrer Mutter Ernestine Zimlich s. A. 1 B. zusammen 9 B. K 135.—

Witkowitz: Olga Sternlicht a. N. Bertl Ring, Zilina 1 B., Latzi Rosenberg a. N. Sofie Rosenberg 1 B., zusammen K 30.—

Goldenes Buch.

Pohrlitz: Spende Turnverein „Makabi" K 50.—

Troppau: Dr. Erwin Gallus anl. 20jähr. Stiftungsfestes Jeschurim K 20.—

Summe K 70.—

Selbstbesteuerung.

Mähr.-Ostrau: Rest September-Oktober 741, Mirjam 64 K 805.—

Pohrlitz: Erich Haas, Julius Hüttner je 10 K, zusammen K 20.—

Troppau: Siegfr. Lustig K 200.—

Summe K 1025.—

Friedensschecks.

Witkowitz: Zollmann S. 20, Sternlich Regine 10, Langer Helene 20, zusammen K 50.—

Sammelbüchsen.

Witkowitz: Markus Kürschner 5, Bruno Neugeboren 5, Nora Rübner 15, zusammen K 25.—

Ausweis Nr. 43	K 4.827.10
Letzter Ausweis J. V.-Bl. Nr. 102	K 273.049.38
Gesamtsumme	K 277.876.48

Materialien: Ung.-Brod 20, Ung.-Ostra 219, Kl.-Kuntschitz 40, zusammen K 279.—

Israel. Kultusgemeinde, M.-Ostrau.

M.-Ostrau, am 31. Dezember 1920.

Zahl 3106.

Kundmachung.

Vom Vorstande der israel. Kultusgemeinde Mähr.-Ostrau wird in Gemäßheit des § 99 des Statutes hiermit bekanntgegeben:

1. daß diejenigen Wähler, welche die mittels Post ausgeschickte Wahllegitimation nebst Kandidatenlisten durch irgendwelches Hindernis nicht erhalten haben sollten, diese in der Kultusgemeindekanzlei während der Amtsstunden persönlich unter Nachweis ihrer Identität erheben können.

2. Für verlorengegangene oder beschädigte Blätter ist dem Wähler, wenn er seine Identität nachweisen kann, durch den Präsidenten ein anderes Blatt auszufertigen, das aber als Duplikat zu bezeichnen ist.

3. Nicht zugestellte Legitimationsblätter läßt der Präsident der zuständigen Wahlkommission übergeben, bei welcher der Wähler unter Nachweis der Identität die Herausgabe des Legitimationsblattes verlangen kann.

Der Kultusvorsteher-Stellvertreter:
Dr. Max Böhm.

„Allgemeiner Zeitungsverlag" Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.